

SCHULFREI FÜR DIE BUNDESWEHR LERNEN FÜR DEN FRIEDEN!

Friedenspädagogischer Runder Tisch Freiburg
www.frieden-lernen.de // kontakt@frieden-lernen.de

Nach der Wahl ist vor der Wahl! Wir fordern von der neuen Bundesregierung:

<p>Um die Jugend betrogen – Kindersoldaten</p> 	<ul style="list-style-type: none">- Aktives Eintreten dafür, dass der Einsatz von Kindersoldaten weltweit geächtet und verboten wird.- Kindersoldaten sind alle Personen unter 18 Jahren, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert oder benutzt werden oder wurden, egal in welcher Funktion oder Rolle.- Beitritt der Bundesregierung zum Zusatzabkommen der UN - Kinderrechtskonvention, also keine Minderjährigen in der Bundeswehr.
 <p>UNTER 18 NIE! KEINE MINDERJÄHRIGEN IN DER BUNDESWEHR</p>	<ul style="list-style-type: none">- Verbot der Rekrutierung von Jugendlichen unter 18 Jahren.- Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen.- Keine Weitergabe von Meldedaten von Jugendlichen an die Bundeswehr.
<p>BILDUNG ist die beste Verteidigung</p>  <p>Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen. www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de</p>	<ul style="list-style-type: none">- An allen Schulen umfassende, ganzheitliche und am Leitwert des positiven Friedens orientierte Lernprozesse zu fördern.- <u>Konstruktive</u> Formen der Auseinandersetzung mit den zwischenmenschlichen Konflikt- und Gewaltpotentialen einzuüben.- <u>Kritische</u> Beschäftigung mit Kriegen und Konflikten auf internationaler Ebene.

MILITARISIERUNG bedroht die Zivilgesellschaft.

Deshalb fordern wir eine aktive FRIEDENSPOLITIK !



- Senkung statt Erhöhung der Rüstungsausgaben und Absage an das 2% Ziel der NATO.
- Nach dem Afghanistan – Desaster: Kritische Neubewertung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.
- Aktivere Bekämpfung des "Teufelskreises" von Krieg, Militär und Klimawandel.

Sag NEIN zum "Heimatschutz"



Der neue "Freiwilligendienst für Heimatschutz" ist ein Etikettenschwindel, der die militärische Ausbildung an der Heimatfront (!) verharmlost. Er soll ersatzlos abgeschafft werden.

Das Bundeswehr-Motto "Mach, was wirklich zählt" ist eine Herabsetzung aller zivilen Berufe.

- Die Kosten sowie u.a. die psychischen Schäden bei den jungen Rekruten sind abzulehnen.



- Die Bundesregierung hat 2020 Waffenexporte für mehr als eine Milliarde Euro auch in Krisengebiete und kriegführende Länder genehmigt.

- Jeder Verkauf von Rüstungsgütern ist eine potentielle Gefahr für Menschenleben. Die schwachen restriktiven Rüstungsexportgesetze müssen verschärft und auch angewendet werden.

- Ganz besonders in Länder, die Krieg führen und in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden.